

Im Namen des Rechts!

In der Strafsache

gegen

den Kraftfahrer Hans Baumgarten aus Münster, geb. 30.4.10.,
verheiratet,
wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit,
hat das Schwurgericht des Landgerichts in Münster (Westf.)
in der Sitzung vom 22.10.1948, an der teilgenommen haben:

Landgerichtsdirektor Reichling
als Vorsitzender,
Amtsgerichtsrat Dr. Uppenkamp
Landgerichtsrat Dr. Mauß
als beisitzender Richter,
1.) Bauer Bern. Witte,
2.) Angestellter Heinrich Brüscke,
3.) Bauer Wilh. Haarbeck,
4.) Bauer Josef Flör,
5.) Bürgermeister a.D. Georg Breidenstein,
6.) Angestellter Konrad Laumann,
als Geschworene,
Staatsanwalt Veriuss
als Beamter der Staatsanwaltschaft,
Rechtspflegeranwärter Eggenstein
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle,

für Recht erkannt:

Der Angeklagte wird wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit
in Tateinheit mit schwerem Landfriedensbruch und mit schwerem
Hausfriedensbruch zu einer Gefängnisstrafe von 1 (einem)
Jahr und 6 (sechs) Monaten verurteilt.

Der Angeklagte trägt die Kosten des Verfahrens.

Gründe:

In der Nacht zum 9. November 1938 wurden wie in ganz Deutschland
auch in Münster schwere Ausschreitungen gegen die dort ansässigen Juden
und ihr Eigentum durchgeführt. Diese Ausschreitungen, in deren Ver-
lauf die Synagoge durch Feuer vernichtet, die Wohnungen der meisten
Juden demoliert und viele Juden misshandelt wurden, wurden von
einer grossen Volksmenge, deren aktiven Kern SA-Einheiten bildeten,
begangen.

Der Angeklagte hat an diesen Ausschreitungen teilgenommen. Er
trat bereits im Jahre 1928 in die NSDAP und in die SA ein. In der
SA war er zur Zeit der Tat Obertruppführer, später wurde er zum
Sturmführer befördert. In der Partei war er ohne Amt und Rang.

Bis zum Ende des Krieges war er technischer Reichsbahninspektor. Als solcher war er während des Krieges in Russland eingesetzt. Von September 1945 bis Oktober 1946 war er in einem alliierten Internierungslager inhaftiert.

Am Abende des 8. November 1938 nahm der Angeklagte an der üblichen Kundgebung der NSDAP teil, nach deren Beendigung ein grosser Teil des SA-Sturmes, dem der Angeklagte angehörte, in der Wirtschaft "New-York" bei einem Glase Bier zusammenblieb. Auch der Führer dieses Sturmes namens Tegelkamp und der Angeklagte waren darunter. Kurz vor Mitternacht traf dort von der Standartenführung fernmündlich ein Befehl ein, dass kein SA-Mann das Lokal verlassen dürfe. Weitere Befehle würden folgen. Bald darauf erschien der Standartenführer Wülff. In einer Ansprache an die versammelten SA-Männer erklärte er, dass der von einem Juden erschossene Legationsrat vom Rath gestorben sei und als Vergeltungsmassnahme im ganzen Reich Gewaltmassnahmen gegen die Juden durchgeführt würden. Der Angeklagte erhielt darauf von dem Standartenführer den Befehl, dass er die anwesenden etwa 20-25 SA-Männer zur Synagoge führen solle, die zerstört werden solle. Der Angeklagte führte diesen Befehl aus. Als er zur Synagoge kam, war diese bereits von anderen Tätern erbrochen. Eine grosse Menschenmenge, die aus SA-Leuten und Zivilisten bestand, befand sich in und vor der Synagoge. Der Angeklagte ging in diese hinein und stellte fest, dass dort Männer mit Taschenlampen und Streichhölzern hantierten. Die von ihm geführten SA-Männer warfen in dieser Zeit mit Steinen die Fensterscheiben der Synagoge ein. Da dadurch einer seiner Männer verletzt wurde, wurde der Angeklagte aus der Synagoge herausgerufen. In diesem Augenblick wurde in der Synagoge ein von anderen Tätern angelegter und mit Benzin getränkter Brandherd zur Entzündung gebracht. Kurz darauf stand die ganze Synagoge in Flammen. Da durch den Funkenflug die Nachbargebäude, besonders ein Krankenhaus, stark gefährdet wurden, wurde der Angeklagte von seinem Sturmführer mit einem Teil seines Sturmes dorthin geschickt, um das Gebäude gegen Brand zu sichern. Nach einiger Zeit erhielt er den Befehl, mit etwa 12-15 Mann zum Kanonengraben zu marschieren, um die dort gelegenen Gebäude der jüdischen Schule und der Wohnung des Oberrabbiners Dr. Steinthal zu zerstören. Auf dem Marsche zu diesem Ort begegnete ihm ein anderer SA-Trupp, von dem ihm zugerufen wurde, dass an der Judenschule schon alles erledigt sei. Tatsächlich waren, als der Angeklagte mit seinem Trupp zum Kanonengraben kam, von anderen Tätern die Einrichtungen der jüdischen Gebäude demoliert. Es konnte dem Angeklagten nicht widerlegt werden,

dass er hier Zerstörungen nicht mehr vorgenommen hat, dass er vielmehr, um den Juden Dr. Steinthal zu schützen, einer heftigen Auseinandersetzung mit dem Standartenführer Bollenrath sich ausgesetzt hat, und dass er bis zum Bauche in das Wasser des Kanonengrabens gegangen ist, um den Juden Feibes, der von anderen Tätern in das Wasser gestossen worden war, wieder herauszuziehen, und dass er dann dafür gesorgt hat, dass der Feibes trockene Kleidung anziehen konnte und von einem Sanitäter versorgt wurde.

Dieser Sachverhalt beruht auf der Einlassung des Angeklagten und den Aussagen der Zeugen Wallhorn, Vornhofen und Gellings.

Der Angeklagte gibt diesen Sachverhalt in vollem Umfange zu. Er behauptet lediglich, dass der Standartenführer Wulff ihm in der Wirtshaft "New York" zunächst den Befehl gegeben habe, die jüdischen Geschäfte auf der Salzstrasse zu zerstören. Die Ausführung dieses Befehls habe er abgelehnt. Der Standartenführer habe ihm darauf befohlen, mit den anwesenden SA-Männern zur Synagoge zu marschieren, die ebenfalls zerstört werden solle. Diesem Befehl habe er sich nicht widersetzen können. Diese Einlassung des Angeklagten erscheint unglaubwürdig, da kein Grund zu finden ist, der den Angeklagten dazu hätte bestimmen können, eine Mitwirkung bei der Zerstörung der jüdischen Geschäfte abzulehnen, jedoch einer Zerstörung der Synagoge und später auch der jüdischen Schule zuzustimmen.

Der Angeklagte hat sich so it wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit gemäss Kontrollratsgesetz Nr. 10 Art. II Ziffer 1c strafbar gemacht. Denn die gesamte im ganzen Reich durchgeführte "Vergeltungsaktion" gegen die Juden ist als eine Verfolgung aus politischen, rassistischen und religiösen Gründen anzusehen, weil die Täter, die diese Aktion durchführten, unter Benutzung des nationalsozialistischen Machtapparates die Juden durch die gegen ihre Person und ihr Eigentum begangenen Gewalttätigkeiten in ihren wesentlichen Rechten, nämlich dem Recht auf Freiheit der Person und des Heimes und auf Freiheit der Religionsausübung verletzt haben, und zwar aus politischen, rassistischen und religiösen Motiven. Dadurch, dass der Angeklagte an einem Teil dieser Ausschreitungen teilgenommen hat, indem er SA-Männer zur Durchführung der Gewalttätigkeiten an die Tatorte geführt hat, ist er Teilnehmer an der Verfolgung. Er wollte auch Teilnehmer sein, weil er durch den Standartenführer Wulff darüber belehrt worden war und durch eigenen Augenschein erkannt hatte, welcher Art die Aktion war. Er hat daher vorsätzlich gehandelt.

Der Angeklagte hat sich ausserdem wegen schweren Landfriedensbruchs gemäss § 125/24 Abs. 2 StGB strafbar gemacht. Denn die Gewalttätigkeiten wurden begangen von einer Menschenmenge, die sich öffentlich zusammengerottet hat, der er sich als Rädelsführer anschlossen hat und mit der er Sachen vernichtet und zerstört hat. Denn die Menschenmenge, die die Gewalttätigkeiten in der Synagoge und am Kanonengraben beging, setzte sich aus allen Teilen der Bevölkerung, nicht nur aus den durch die Mitgliedschaft zur SA verbundenen Personen zusammen. Die Menschenmenge hat sich versammelt, um Gesetzwidrigkeiten zu begehen, sich also zusammengerottet. Dadurch, dass Teile dieser Menschenmenge die Synagoge in Brand setzten, in ihr und in den Wohnungen der Juden das Inventar zertrümmerten und einzelne Juden misshandelten, haben sie Gewalttätigkeiten gegen Personen und Sachen begangen, und zwar sind diese Gewalttätigkeiten von der Menschenmenge mit vereinten Kräften begangen worden, weil hinter den Aktivisten, die die Zerstörungen und Misshandlungen durchführten, die zusammengerottete Menschenmenge billigend, anspornend und eventuell zum Einsatz bereit stand. Rädelsführer war der Angeklagte, weil er bei der Zusammenrottung sich führend beteiligt hat, indem er einen Haufen von SA-Männern zunächst zur Synagoge, dann zum Kanonengraben führte, damit sie hier die zusammengerottete Menschenmenge verstärkten. Auch ist er Mittäter für die Zerstörungen verantwortlich, die die von ihm geführten SA-Männer in der Synagoge durchgeführt haben. Denn dem Angeklagten war bekannt, dass diese SA-Männer zur Synagoge marschieren wollten, um dort Zerstörungen durchzuführen. Er wusste also, dass er wesentlich zur Zerstörung der Synagoge mitwirkte. Damit aber hat er bewusst und gewollt mit diesen SA-Männern, von denen ein Teil sich aktiv an der Zerstörung der Synagoge beteiligt hat, zusammengewirkt. Endlich waren dem Angeklagten alle diese Tatumstände, die seine Strafbarkeit wegen schweren Landfriedensbruchs begründen, bei Begehung der Tat bekannt, sodass er vorsätzlich gehandelt hat.

Ausserdem hat sich der Angeklagte wegen schweren Hausfriedensbruchs nach § 124 StGB strafbar gemacht. Denn dadurch, dass er die Synagoge betreten hat, als in dieser sich die Personen aufhielten, die sie zerstörten und in Brand setzten, ist er zusammen mit einer Menschenmenge, die sich zusammengerottet hat, um Gewalttätigkeiten gegen Sachen zu begehen, in das befriedete Eig. Besitztum eines anderen widerrechtlich eingedrungen.

Alle diese Straftaten hat der Angeklagte durch eine und dieselbe Handlung begangen, sodass er nach § 73 StGB nur einmal und zwar nach dem Kontrollratsgesetz Nr. 10, da dieses die höchste Strafe androht, zu bestrafen ist. Eine Verjährung der Strafverfolgung ist gemäss Art. II Ziffer 5 nicht eingetreten.

Bei der Strafzumessung hat das Gericht die in das Wissen der Zeugen Dr. Hogen und Diemel gestellten Tatsachen als wahr unterstellt, sodass der von dem Angeklagten gestellte Eventualantrag, diese beiden Zeugen zu vernehmen, zurückzuweisen war. Es hat daher mildernd berücksichtigt, dass der Angeklagte sich durch kameradschaftliches und hilfsbereites Wesen, auch durch aktiven Einsatz zugunsten des durch den Nationalsozialismus verfolgten Zeugen Dr. Hogen insoweit als anständiger Mensch erwiesen hat. Ausserdem hat das Gericht mildernd berücksichtigt, dass die Tat des Angeklagten fast 10 Jahre zurückliegt, dass sie auf die von den damaligen Machthabern betriebene antisemitische Verheerung zurückzuführen ist, dass Der Angeklagte auf Befehl seines Vorgesetzten gehandelt hat (Kontrollratsgesetz Nr. 10 Art. II Ziffer 4b) und dass der Angeklagte wegen seiner Teilnahme an den Verbrechen der Nationalsozialisten bereits mehr als ein Jahr von den Alliierten interniert worden ist. Auch sprach zu Gunsten des Angeklagten, dass er in der Prognomnacht wie nach seiner un widerlegten Einlassung anzunehmen ist, sich für die misshandelten Juden Dr. Steinthal und Feibes tatkräftig eingesetzt hat. Trotzdem hielt das Gericht nur eine schwere Strafe für ausreichend, weil durch die Judenverfolgung, an der der Angeklagte sich beteiligt hat, der deutsche Name vor der Welt geschändet worden ist und sie unermessliches Unheil nach sich gezogen hat.

So konnte nur eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr und 6 Monaten als gerechte Sühne angesehen werden. Von einer Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte glaubte das Gericht absehen zu können, da der Angeklagte durch sein Verhalten gegenüber den Juden Dr. Steinthal und Feibes auch anständige Züge seines Charakters bewiesen hat.

Die Kosten des Verfahrens hat der Angeklagte nach § 465 StPO zu tragen.



gez. Reichling Dr. Uppenkamp Dr. Maué
ANRX Für die Richtigkeit der Abschrift:
Münster i. Westf., den 6. Nov. 1948
(Seelig), Justizobersekretär
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle.